



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

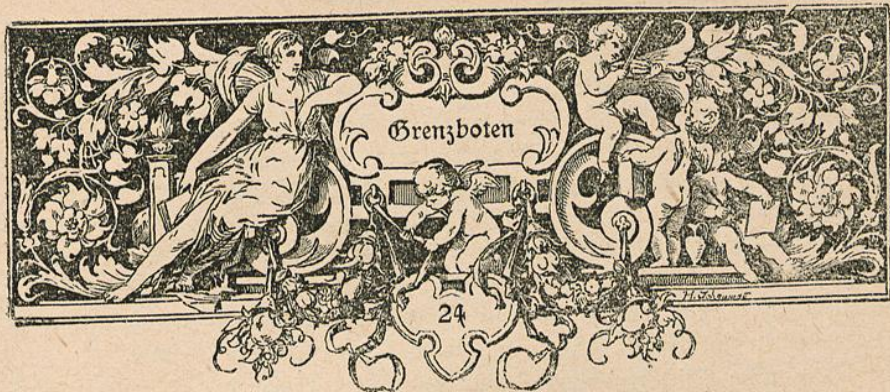
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Die neue deutsche Freiheit

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 12. Juni 1921

Jedes Wort,
das ihr von dem Fremden, Deutsche, nehmt,
ist ein Glied in der Kette, mit welcher ihr, die
stolz sein dürftest, demütigt euch zu Sklaven
fesseln laßt.

Klopstock

Die neue deutsche Freiheit

Von * * *



it der Reichskanzlerschaft des Herrn Dr. Wirth hat ein neuer Begriff von Freiheit seinen Einzug im Deutschen Reiche gehalten. Der neueste Platzhalter auf Bismarcks Stuhle — es wird nicht mehr lange dauern, dann haben wir seit November 1918 soviel Reichskanzler gehabt wie in der Zeit von 1871 bis 1918 — sieht Sklavenarbeit im Dienste unserer Feinde für Freiheit an. Denn er gibt sich einer argen Täuschung hin, wenn er die von ihm erhoffte, in die Reden in Karlsruhe und im Reichstage als neues Schlagwort hineingeworfene Freiheit auf dem Wege der Demütigung dem deutschen Volke zu bringen glaubt. Freiheit ist eine Macht. Nur durch Macht, den Willen zur Macht, kann sie kommen. Selbstbewußtsein und Stolz sind dafür die grundlegenden Begriffe und dürfen nicht verschleiert werden durch Überhebung und Eitelkeit. Die seit der Annahme des Ultimatus amtierende Reichsregierung aber stellt nur die Passagiere dar eines Schiffes, dessen Steuermann Erzberger oder doch wenigstens Erzbergerscher Geist ist. Wir sind wieder zurückgefallen in die Zeit vor zwei und vier Jahren. Jedesmal, wenn die Not des deutschen Volkes am größten ist, dann regt sich der Abgeordnete Erzberger und versucht auf offene oder versteckte Weise zur Herrschaft zu gelangen. Und es ist ebenso erstaunlich wie beschämend für das deutsche Volk, daß es nicht einmal soviel Kraft aus sich selbst heraus aufbringen kann, diesem Erzbergerschen Geist den Eintritt in seine Heiligtümer zu verwehren. Es

16

Grenzboten II 1921

ist dies doppelt erstaunlich, als der jüngst veröffentlichte Briefwechsel¹⁾ des verstorbenen Kardinals von Hartmann mit einem Münchener Prälaten aus dem Jahre 1917 erkennen läßt, daß man sich in maßgebenden Kreisen über die Persönlichkeit des Herrn Matthias Erzberger durchaus klar war. Der Münchener Prälat schreibt: „Ew. Eminenz — dieses bedarf keiner Hervorhebung — sind mit Hochihrer Meinung über den Abgeordneten Erzberger vollkommen im Rechte. Gott möge es verhüten, daß dieser eigentümliche Herr weiteren Schaden anrichte. Ich habe ihm bereits wiederholt sehr deutlich erklärt, daß er sich auf dem Holzwege befindet. Er bildet sich, wie er vordem, wie so oft das enfant terrible des Zentrums in Friedenszeiten gewesen ist, jetzt zu solchem von ganz Deutschland aus.“

Die neue Reichsregierung sonnt sich an der Gunst der Entente. Jedes Wort, das in London oder Paris fällt und nicht gerade eine „Ohrfeige“ bedeutet, wird dankbar gebucht und durch die Parteipresse als Loblied auf die neuen Männer dem deutschen Volke auf den Frühstückstisch gelegt. Die Urteile und Ansichten, die nicht weite, sondern die weitesten Kreise in Deutschland äußern, aber werden unbeachtet gelassen. „Feindesbeifall verdient stets Mißtrauen“, sagte Bismarck. Unsere neuen Männer dagegen sagen: „Feindesbeifall erleichtert uns die Arbeit!“ Was von diesem Feindesbeifall zu halten ist, zeigen schon die ersten Wirkungen der Annahme des Ultimatus: Das fair play Lloyd Georges hat in Oberschlesien dahin geführt, daß Engländer, Franzosen und Italiener sich plötzlich dahin geeinigt haben, vom General Höfer die Aufgabe der von ihm besetzten Stellungen zu fordern, während die polnischen Insurgenten und Eindringlinge die von ihnen auf deutschem Boden liegenden Linien innehalten dürfen. Die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens, über das die Bevölkerung schon vor drei Monaten ihr Urteil gesprochen hat, wird von Woche zu Woche hinausgeschoben. — Die Zahlung einer Milliarde Goldmark hat den Schrei nach weiteren in Ententekreisen ausgelöst. Unsere Regierung aber brüstet sich damit, wie schnell und pünktlich sie allen Forderungen unserer Expreffer nachkommt. Mit Schamröte, bei Nacht und Dunkel müßten diese Zahlungen geleistet werden. — Die Ruhrorte sind nach wie vor besetzt, aber die Regierung beeilt sich, die Entmannung des Volkes zu vervollständigen. Selbstschutz und Notwehr sind heute unbekannte Begriffe; an ihre Stelle sollen Preisgabe des Eigentums und Schutzlosigkeit treten. In einer Zeit, da in allen Volksschichten der Wunsch und das Verlangen nach überparteilichen Zusammenschluß sich Geltung verschaffen wollen, erklärt ein Vertreter der Regierungsparteien, die nationale Einheitsfront sei nicht nötig.

Die „Freiheit“ gar, das Organ derjenigen Partei, die Herr Dr. Wirth zu gern mit in die Regierung hineinnehmen möchte, spricht von einer deutschen „Blutschuld“ am Weltkriege in dem Augenblick, wo deutsche Volksgenossen aus allen Kreisen auf Befehl der Entente vor dem höchsten deutschen Gerichtshof stehen und wo alle bisher veröffentlichten Dokumente und Aktenstücke den Beweis erbringen, daß Deutschland an diesem Kriege kein Verschulden trifft, es sei denn, daß Arbeit und Moral eine Schuld sind. Statt dessen gibt sich der höchste Beamte des Reiches dazu her, im Anschluß an seine Programmrede von Rednern zu sprechen, die wegen Hochverrat verfolgt werden sollen, obgleich schon am nächsten Tage

¹⁾ „Der Reichsbote“, Abendausgabe vom 8. Juni 1914.

festgestellt wurde, daß es sich nicht um mehrere Redner, sondern um einen gehandelt hat, daß es eine nichtöffentliche Versammlung war und daß der jugendliche Redner nicht zum Sturze der Regierung aufgefordert hat, wie es in der radikalen Linkspresse seit November 1918 täglich zu lesen ist, sondern nur von einer Furcht der Regierung vor einem Sturze gesprochen hat.

Diese Regierung wird uns die Freiheit nicht bringen. Die Freiheit, die wir ersehnen, ist von anderer Art. Wir wollen Herr im eigenen Hause sein, wollen nicht mehr Schacherojekt der Großmächte bleiben, sondern einen Faktor im politischen und wirtschaftlichen Weltleben spielen, mit dem zu rechnen ist. Wir zahlen und liefern, wenn man uns unsere Freiheit läßt, und wir weigern uns, und stellen unsere Zahlungen ein bei jedem Versuch, den Strick, den man uns um den Hals gelegt hat, enger zu ziehen. Auch waffenlose Völker stellen eine Macht dar, wenn sie nur wollen und wenn sie den Machtgedanken wenigstens im Herzen tragen.



Versuch einer Erneuerung des Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Rußland 1904/08

Von Prof. Dr. R. F. Kaindl (Graz)



immer wieder wird in einem Teile der Presse und des politischen Lebens die Ansicht ausgesprochen, daß die Nichterneuerung des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages mit Rußland die Grundlage alles Unglücks war. Nun ist es sicher richtig, daß es vorteilhaft gewesen wäre, den Draht nach Petersburg nicht abzureißen und das Zarentum nach Möglichkeit festzuhalten. Die große Frage ist nur die, was Rußland dafür gefordert hätte und ob der Preis, den man ihm gezahlt hätte, schließlich nicht doch verloren gegangen wäre.

Einige neue Dokumente werfen darauf ein interessantes Licht. Die deutsche Regierung hat tatsächlich später versucht, einen neuen Vertrag mit Rußland zu schließen. Die damit verbundenen Verhandlungen sind für unsere Frage überaus interessant.

Die erwähnten Dokumente sind mitgeteilt in einer Veröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amtes: „Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, soweit sie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen sind.“ So mangelhaft diese Abdrücke sind und so lückenhaft auch das dargebotene Material ist, so gestattet es doch einen interessanten Einblick in die deutsch-russischen Beziehungen¹⁾. Vor

¹⁾ Die Sammlung ist ohne Erscheinungsjahr herausgegeben. Sie scheint im Buchhandel nicht verbreitet zu sein.